

BSU



Archiv der Zentralstelle

MfS - BdL | Dok.

Nr. 004649

1. Exemplar

BSU 42-009 04.95

101993

287/74

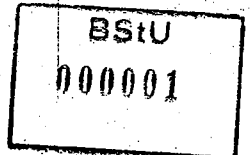
Ministerrat
der Deutschen Demokratischen Republik
Ministerium für Staatssicherheit
Büro der Leitung
Leiter

Berlin, den 13. Sept. 1974
BdL/2305/74

Ex.-Nr.:

0698

Hauptabteilung/selbst. Abteilung
Bezirksverwaltung/Verwaltung
Kreisdienststelle
Leiter



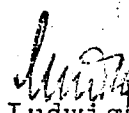
Mitteilung zum Schreiben des Genossen Minister - Verstärkung der politisch-operativen Arbeit aller operativen Linien und Dienst-einheiten zur rechtzeitigen Aufklärung und Verhinderung des staatsfeindlichen Menschenhandels und des ungesetzlichen Verlassens der DDR vom 6. Sept. 1974 - GVS MfS 008-541/74

Auf Seite 9 erhält der 1. Absatz der Ziffer 7. folgenden Wortlaut:

"Es ist zu gewährleisten, daß die operative Prüfung aller Anträge auf Übersiedlung nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin auf Familienzusammenführung und Eheschließung mit Bürgern nichtsozialistischer Staaten und Westberlins sowie auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR nach Übergabe von den Abteilungen Innere Angelegenheiten bzw. der DVP in den Speichern der Dienststeinheiten und in der Abteilung XII des MfS zur Erarbeitung politisch-operativ bedeutsamer Hinweise erfolgt."

Es wird gebeten, in dem im Betreff genannten Schreiben die erforderliche Änderung vorzunehmen.

Diese Mitteilung ist dem genannten Schreiben beizufügen.


Ludwig
Oberst!

7. Es ist zu gewährleisten, daß die operative Prüfung aller Anträge auf Übersiedlung nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin, auf Familienzusammenführung und Eheschließung mit Bürgern nichtsozialistischer Staaten und Westberlins sowie auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR nach Übergabe von den Abteilungen Innere Angelegenheiten bzw. der DVP in den Speichern der Diensteinheiten und in der Abteilung XII des MfS zur Erarbeitung politisch-operativ bedeutsamer Hinweise erfolgt.

Sind die überprüften Personen aktiv erfaßt (Vorlauf-Operativ, Operativvorgang, Untersuchungsvorgang, Feindobjektvorgang, Sondervorgang, IM-Vorlauf, IM, GMS, OPK und KK) oder in Archivmaterialien (außer "nichtgesperrte Ablage") anderer Diensteinheiten des MfS erfaßt, ist die zuständige Diensteinheit unverzüglich zu informieren und zur umgehenden Stellungnahme aufzufordern.

Durch geeignete politisch-operative Maßnahmen, insbesondere durch die Nutzung der Möglichkeiten der IM/GMS, sind im Zusammenwirken mit der Diensteinheit, für die die Person erfaßt ist, weitere Überprüfungsmaßnahmen durchzuführen.

Die im Ergebnis und in Abstimmung mit der erfassenden Diensteinheit getroffenen zustimmenden oder ablehnenden Entscheidungen sind durch die Leiter der Diensteinheiten, in deren Verantwortungsbereich die Antragstellung erfolgte, unter Wahrung der Konspiration den Leitern der Abteilungen Innere Angelegenheiten mitzuteilen.

Es ist zu sichern, daß die Entscheidungen den betroffenen Personen übermittelt werden und nicht durch zu lange Bearbeitungszeiten sowie fehlerhafte Argumentation ein Schaden für die DDR entsteht.

In bestimmten Fällen ist unter Berücksichtigung der Tragweite der ablehnenden Entscheidung - z. B. bei möglicher Neigung des Antragstellers zu Kurzschlußhandlungen - zu prüfen, ob solchen Personen die Unwiderruflichkeit der Entscheidung sofort mitgeteilt werden muß.

Sonderanträge der DVP bzw. der Abteilungen Innere Angelegenheiten auf Genehmigung einer Übersiedlung im Interesse der Sicherheit der DDR oder aus anderen schwerwiegenden Gründen, z. B. in solchen Fällen, in denen

- Personen durch permanent negatives, renitentes oder feindliches Auftreten eine Ausweisung aus der DDR zu erzwingen versuchen oder
- Personen durch wiederholte Grenzverletzungen bzw. durch provokatorische Demonstrativhandlungen in Erscheinung treten,